

An das Amt/die Ämter \_\_\_\_\_

## BESCHLUSSAUSZUG

### Auszug aus der 11. Sitzung des Ausländerbeirates vom 17.09.2009:

öffentlich

2.	Politische Partizipation in der Gemeinde
----	------------------------------------------

Vorsitzender Moreira verweist zunächst auf die Verwaltungsvorlage, die allen Mitgliedern des Ausländerbeirates mit der Einladung zugegangen ist. Er bedauert, dass in der ablaufenden Wahlperiode nur wenige Beiratsmitglieder regelmäßig an den Sitzungen des Ausländerbeirates teilgenommen haben. Das geringe Interesse spiegele sich in der heutigen Sitzung wieder, nur 4 von 11 gewählten Mitgliedern des Beirates sind anwesend. In dieser Form sei eine gute politische Arbeit nicht möglich. Das offenbar bestehende geringe Interesse vieler Beiratsmitglieder sei auch gegenüber dem Wähler nicht zu vertreten.

Im Anschluss an die Ausführungen des Vorsitzenden geht Bürgermeister Dr. Storch auf die ausführliche Verwaltungsvorlage vom 24.08.2009 ein. Der Bürgermeister erklärt u.a., er sei froh und glücklich, dass bei der gerade erst stattgefundenen Kommunalwahl eine Gruppierung mit Mitbürgern aus der EU den Einzug in den Rat der Gemeinde geschafft habe. Der Bürgermeister verweist zudem darauf, dass auch türkisch-stämmige Einwohner, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sowohl das aktive als auch passive Wahlrecht haben. Es sei zu überlegen, in welcher Form die ausländischen Mitbürger, die bisher nur eingeschränkt an der politischen Willensbildung teilhaben können, insbesondere die hier lebenden türkischen Mitbürger, auf örtlicher Ebene einbezogen werden können. Die Verwaltung gibt im Hinblick auf die Erfahrungen mit dem Ausländerbeirat in den beiden letzten Legislaturperioden zu überlegen, ob ein anderer Weg der Beteiligung nicht zielführender ist. In der anschließenden ausführlichen Diskussion macht Vorsitzender Moreira den Vorschlag, evtl. ein kleineres Gremium, bestehend aus ca. 5 Mitgliedern einzusetzen, dass evtl. effektiver arbeiten würde und den jetzigen Ausländerbeirat ersetzen könnte. Zudem gibt er zu bedenken, dass auch andere Einwohner in der Gemeinde vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen sind, wie z.B. Kroaten, Serben und Mazedonier. Auch dieser Personenkreis müsste bei einer künftigen anderen Lösung einbezogen werden.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der von der Verwaltung vorgeschlagene Gesprächskreis für alle Einwohner der Gemeinde offen und nicht nur auf die türkischen Einwohner beschränkt ist. Der Bürgermeister erläutert weiter, dass ein offizielles Gremium, unabhängig von seiner Größe, einer Legitimation durch eine Wahl bedürfe. Bei dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Gremium sei man jedoch offen und unabhängig von einem Wahlverfahren. In der Diskussion werden nachfolgend verschiedene Modelle für die Beteiligung der ausländischen Mitbürger in einem Gesprächskreis diskutiert, wobei letztendlich die Beteiligungsform offen bleibt.

Bürgermeister Dr. Storch schlägt daher vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Verwaltungsvorlage vom 24.08.2009 zu ergänzen und in Satz 2 hinter den Wörtern „Stattdessen wird“ die Wörter „bei Bedarf“ einzufügen. Der Vorschlag des Bürgermeisters wird schließlich vom Vorsitzenden zur Abstimmung gestellt.

### **Beschluss:**

Der Ausländerbeirat nimmt die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis und schlägt dem Rat der Gemeinde vor:

Für die Dauer der Wahlperiode des Rates 2009 – 2014 wird von der Bildung eines Integrationsrates oder Integrationsausschusses abgesehen. Stattdessen wird bei Bedarf ein Gesprächskreis für die in der Gemeinde lebenden türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger installiert.

### **Abstimmungsergebnis: einstimmig**